

# Mit einer klugen Aussenpolitik zu einer offenen, neutralen und unabhängigen Schweiz

## Factsheet Aussenpolitik

Die Aussenpolitik ist Interessenpolitik zur Sicherung von Wohlstand, Unabhängigkeit, Sicherheit und Freiheit in unserem Land. Sie entfaltet sich innerhalb des völkerrechtlich anerkannten Rahmens der Neutralität. Unsere Unternehmen müssen Zugang zu neuen Märkten erhalten und ihre bestehenden Positionen festigen können. Wichtig ist zudem die Versorgung mit Rohstoffen und Energie. Zentral für unsere Arbeitsplätze ist der Zugang zum Binnenmarkt der Europäischen Union als wichtigster Kunde unserer Exportwirtschaft. Die FDP setzte sich für eine Weiterentwicklung des bilateralen Weges ein. Sie lehnt aber sowohl einen EU- oder EWR-Beitritt als auch eine Abschottungspolitik ab. Die FDP setzt sich für neue Freihandelsverträge mit Drittstaaten in aufstrebenden Wirtschaftsregionen ein. Die guten Dienste und die Vermittlerrolle der Schweiz in Konflikten müssen gewahrt und, wo notwendig, gestärkt werden.

## 1 Externe Herausforderungen

- › Ohne Weiterentwicklung mittels eines Rahmenabkommens, das die Bilateralen auf ein stabiles rechtliches Fundament stellt, erodiert der bilaterale Weg.
- › Gefährdung der Bilateralen durch innenpolitische Angriffe auf die Personenfreizügigkeit (PFZ) und Schengen. Die PFZ ist mit dem ersten Paket der Bilateralen juristisch verknüpft.
- › Gefahr für die Schweizer Wirtschaft durch internationalen Handelskonflikt und zunehmend protektionistisches Gebaren von einzelnen, aber wichtigen Handelspartnern.
- › Rauere internationale Beziehungen, hervorgerufen durch Staaten, die ihre strategischen Interessen immer härter verfolgen und oft nach dem Prinzip «Macht vor Recht» agieren; Krise des für kleine Länder wichtigen Multilateralismus (z.B. WTO).

## 2 Der bilaterale Weg ist unverzichtbar

**Die FDP als Garantin des bilateralen Wegs:** Die EU ist in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht unser wichtigster Partner. Auch wenn die Märkte der aufstrebenden Länder rasch an Bedeutung gewinnen, bleibt die EU unser wichtigster Handelspartner. Der bilaterale Weg ist die beste aller Lösungen für die Schweiz, um die Beziehungen zur EU aufrecht zu erhalten und weiterzuentwickeln. Er garantiert Zugang zum Binnenmarkt, schafft Rechtssicherheit, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und sichert Arbeitsplätze und Wohlstand. Die FDP will weder einen EU-Beitritt noch einen Alleingang.

**Der Schweizer Wohlstand ist gefährdet:** Die FDP verlangt, dass die bilateralen Abkommen gesichert und weiterentwickelt werden. Nachdem der Bundesrat die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen beendet hat, muss ein neuer Weg der Zusammenarbeit mit der EU gefunden werden. Die FDP schlägt ein neues Verhandlungspaket (Bilaterale III) vor. Die institutionellen Fragen sind mit einer themenspezifischen, sektoriellen Optik anzugehen. Bei der Streitbeilegung soll ein zweistufiges Verfahren zum Einsatz kommen.

**Die FDP beabsichtigt, die Interessen der Schweiz international zu verteidigen:** Die Verteidigung unserer Interessen verläuft über die Zusammenarbeit. Die Attraktivität der Schweiz als Plattform für internationale Organisationen in Genf ist zu verbessern. Unser Know-how als neutraler Vermittlerstaat muss exportiert und in internationalen Konflikten eingesetzt werden.

### 3 Unsere Forderungen

#### Aussenpolitik

- › Garantie einer unabhängigen Aussenpolitik, die sich an den Interessen der Schweiz orientiert und unseren Wohlstand sichert.
- › Sicherstellung der Attraktivität der Schweiz und von Genf als Sitz für internationale Organisationen.
- › Aktive Politik der Schweiz in internationalen Organisationen. Ziel: Einsitz in der G-20.
- › Stärkere geographische und thematische Fokussierung der internationalen Zusammenarbeit und strategische Verknüpfung von entwicklungs- und migrationspolitischen Zielen.
- › Verstärkung der traditionellen Vermittlerrolle der Schweiz in Konflikten im Rahmen unserer Neutralität.
- › Die Neutralitätspolitik ist ein Mittel zur Wahrung der aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz unter Einhaltung des Völkerrechts. Daraus entsteht die Verpflichtung, die Neutralität an neue Herausforderungen anzupassen.

#### Europapolitik

- › Weiterentwicklung des bilateralen Weges, der den Zugang zum Binnenmarkt langfristig sichert und Rechtssicherheit schafft; kein EU-Beitritt.
- › Sektorielle Optik statt ein Rahmenabkommen. Die zu regelnden institutionellen Fragen sollen in den einzelnen Abkommen differenziert verankert werden. Opting-out-Möglichkeiten oder Schutzklauseln müssen denkbar sein.
- › Wahrung der direktdemokratischen Strukturen der Schweiz. Mit der dynamischen Rechtsübernahme kennt die Schweiz bereits eine Alternative zum autonomen Modell. Wobei dynamisch nicht automatisch bedeutet. Für die dynamische Aktualisierung ist der Schweizer Gesetzgeber und – mittels des fakultativen Referendums – die Bevölkerung zuständig.
- › Zweistufige Streitbeilegung: Beratung im gemischten Ausschuss über die Differenz. Ohne Einigung ist ein paritätisches Schiedsgericht vorzusehen (zweite Phase). Dieses würde die Angemessenheit der Ausgleichsmassen prüfen. Die Guillotine-Klausel wird obsolet.
- › Verhandlungsmasse vergrössern und neues Verhandlungspaket, angereichert mit materiellen Marktzugangsabkommen schnüren (Bilaterale III). Neue Abkommen wie ein Strommarktabkommen, Finanzdienstleistungsabkommen (FDLA) und ein Gesundheitsabkommen.

#### Aussenwirtschaftspolitik:

- › Abhängigkeitsrisiken durch neue oder intensiviertere Kooperation reduzieren.
- › Freihandelsverträge mit den wichtigsten Handelspartnern ausserhalb Europas abschliessen sowie bestehende Abkommen aktualisieren.

### 4 Erfolge der FDP.Die Liberalen

- › Abschluss von Freihandelsabkommen mit Japan, China, Indonesien und weiteren aufstrebenden Märkte. Beginn der Verhandlungen mit Mercosur (u.a. Brasilien).
- › Verteidigung der Bilateralen vor innenpolitischen Angriffen. Abwehr von Angriffen auf die Personenfreizügigkeit, die die Bilateralen aufs Spiel setzen.
- › Sicherung der Schengen/Dublin-Assoziierung dank pragmatischer Umsetzung des Schengen-Waffenrechts und erfolgreicher Kampagne gegen das Referendum.
- › Erhalt der Verlässlichkeit der Schweiz als internationale Vertrags- und Handelspartnerin dank erfolgreicher Kampagne gegen die Selbstbestimmungsinitiative.
- › Wahl der Schweiz in den UN-Sicherheitsrat als nicht-ständiges Mitglied in der Periode 2023/2024 unter der Ägide von Bundesrat Ignazio Cassis.